

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Gründet 7 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Kasse monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.00 M., durch Träger und ausb. Vertretungen frei im Haus monatlich 1.00 M., vierteljährlich 4.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Nachgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Wiesbaden, Nikolausstr. 11. Fernruf Nr. 2015, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung Seiten-Rasse 25 Pf., Reklamzeile 1.—M.; außerhalb 20 Pf., Reklamzeile 1.50 M., Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 8 M. pro 1000.

Nummer 584

Freitag, 15. November 1918.

72. Jahrgang.

Ein Aufruf der nationalliberalen Reichstagsfraktion.

Die in der Reichshauptstadt anwesenden Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des Reichstages erlassen folgenden Aufruf:

An die Parteifreunde im Lande!

Das deutsche Volk steht vor der Tatsache einer revolutionären innerpolitischen Umwälzung. Die Geschichte und die Ueberlieferung der nationalliberalen Partei werden es ihr niemals erlauben, von den Wegen verfassungsmäßiger und gesetzmäßiger Handlung abzuweichen. Hierdurch ist für sie die Stellungnahme zu der Entstehung und Fort der inneren Umwälzung, die wir durchleben, ohne weiteres gegeben.

Auch das deutsche Bürgerium wünscht eine grundlegende Neuordnung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Es ist sein fester Wille, mit allen Kräften weiterhin an der Schaffung neuer dauerhafter Grundlagen eines wirklich demokratischen Staates mitzuarbeiten. Wahre Freiheit aber ist ohne volle Gleichberechtigung aller Glieder des Volkes undenkbar und bedarf zu ihrer Sicherung staatlicher Ordnung. An Stelle des deutschen Reichstages kann daher nur eine gleichfalls aus allgemeinen, gleichen, geheime und direkten Wahlen hervorgehende konstituierende Nationalversammlung treten. Allein aus dieser Nationalversammlung kann der Wille der Nation sprechen; um sich zu beugen, ist dann vaterländische Pflicht.

Wir fordern daher die Ausschreibung von Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung, sobald alle Wähler in der Lage sind, ihre staatsbürgerliche Sachpflicht zu erfüllen. Bis dahin muß es für alle die sich zu unserer Partei bekennen, ein selbstverständliches Gebot sein, auf ihren Posten zu verharren und alles daran zu setzen, weitere schwere Schädigungen von unserem Vaterlande fern zu halten. Der Krieg und sein zerrütterter Ausgang haben dem deutschen Volke so ungeheure Lasten aufgelegt, daß sein Zusammenbruch nur durch ein geordnetes Ueberleben des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens in den Frieden verhindert werden kann. Den Nationalliberalen in Stadt und Land ist daher der Weg vorgeschrieben. Insbesondere verlangen es die gegenwärtigen Verhältnisse, daß alle zu unserer Partei gehörenden Beamten und Landwirte der provisorischen Regierung mit allen Kräften bei ihren Bemühungen beistehen, den geordneten Gang der staatlichen Geschäfte aufrecht zu erhalten und die Ernährung der Bevölkerung zu sichern.

Die provisorische Regierung selbst aber wird ihre Aufgabe nur in einem engen Zusammenhange mit dem deutschen Reichstag erfüllen können, dessen Mitglieder bis zur Wahl der Nationalversammlung selbst des deutschen Volkes frei gewählte und geordnete Vertreter bleiben. Nur eine ordnungsgemäß gewählte Vertretung des ganzen Volkes kann den Frieden in völkerrechtlich unantastbarer Weise verbürgen und damit die Voraussetzungen für Deutschlands Zukunft als gleichberechtigtes Glied des vereinten Völkerbundes schaffen.

Wir aber gedenken auch in dieser schweren Zeit der großen Vergangenheit unserer Partei; das Wohl eines einzigen, alle deutschen Landestteile umfassenden Vaterlandes und die Freiheit aller Deutschen ist stets ihr Ziel gewesen und wird es bleiben.

Die Spartacus-Gruppe.

Berlin, 15. Nov. (Eig. Tel.)

Die Gefahr eines Putsches der Spartacus-Gruppe wird in Regierungskreisen als sehr ernst angesehen; allerdings erwartet man, daß er sehr schnell und klug unterdrückt werden dürfte. Man weiß, daß die Spartacus-Gruppe zum äußersten entschlossen sind und über eine sehr verzweigte Drahtleitung verfügen, die in der neuen Vermittlung Wachen an sich zu bringen wüßten. Die Berliner Garnison ist bereit, wie aus zuverlässigen Erkundungen hervorgeht, für Freiheit und Ordnung einzutreten; allerdings ist sie, gemäß dieser Sinnesrichtung, nicht geneigt — es sei denn im äußersten Notfall — von den Waffen Gebrauch zu machen. Demnach gehen die Anhänger der Spartacus-Gruppe auf Angriff und Herausforderung aus und schließen es besonders auf das preussische Abgeordnetenhaus und das Herrenhaus, den Sitz des Arbeiter- und Soldatenrates, absehen zu haben. Die einzelnen Sätze der Revolutionärstellen, darunter das Reichsjustizamt, sind am Donnerstag nachmittags mit bedeutend verstärkten Wachen besetzt worden. Ebenso hat man den Reichstag von verschiedenen Elementen gesäubert. Es heißt, daß die Spartacus-Gruppe verfuhr habe, in einzelnen Räume des Reichstages Waffen, insbesondere Handgranaten, einzuschmuggeln.

Befetzung der Reichsämtler.

Berlin, 15. Nov. (Stuttg.)

Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämtler wie folgt besetzt worden: Auswärtiges Amt Dr. Sell, Reichsjustizamt Dr. Schiller, Reichswirtschaftsamt Dr. Quast Müller, Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation Dr. Koeth, Kriegsberühmungenamt Emanuel Wurm, Reichsarbeitsamt Bauer, Kriegsministerium Scheich, Reichsmarineamt von Mann, Reichsjustizamt Dr. von Krause, Reichspostamt Neuhoff. Ferner gehören den Reichsämtern als Unterstaatssekretäre an: Auswärtiges Amt Dr. David, Kriegsberühmungenamt Robert Schmidt, Reichsarbeitsamt Giesberts.

Als Belegordner werden den Staatssekretären zur Seite gestellt: Auswärtiges Amt Carl Gantzer, Reichsjustizamt Eduard Bernheim, Reichswirtschaftsamt Dr. Erdmann-Ablu, Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisation Böhner und Schumann, Reichsarbeitsamt Jaekel, Kriegsministerium Hochre und Dammig, Reichsmarineamt Nolke und Roßherr, Reichsjustizamt Dr. Oskar Ebnar. Staatssekretär Grabner wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten. Wegen der Befehle des Reichsamtes des Innern schweben noch Verhandlungen.

Beginn der Friedensverhandlungen Ende November.

K. Basel, 15. Nov. (Eig. Tel.)

Die „Morningpost“ meldet aus Paris: Der Versailler Friedensrat ist am Dienstag in die Beratung der Friedensbedingungen eingetreten. Die „Times“ meldet: Die Friedensverhandlungen begannen in der letzten Novemberwoche.

London, 15. Nov. (Wolff-Tel.)

Reuter meldet: Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ erzählt, daß Wilson endgültig beschloßen habe, zur Friedenskonferenz zu kommen. Er wird vor Mitte Dezember in London erwartet.



Nur besetzt — nicht verwaltet.

K. Genf, 15. Nov. (Eig. Tel.)

„Tempo“, „Matin“ und „Journal des Debats“ veröffentlichen am Dienstag gleichlautende Informationen aus dem Ministerium, wonach das linke Rheinufer, außer Elzass-Lothringen, von der Ökonomie nur besetzt, aber nicht verwaltet werden soll.

Flugzeuge im Nachrichtendienst.

Krankfurt a. M., 15. Nov. (Wolff-Tel.)

Das Nachrichtenamt des Arbeiter- und Soldatenrates in Frankfurt macht bekannt, daß es von heute ab einen häufigen Flugzeugdienst für Nachrichtenverkehr zu dienstlichen Zwecken unterhält.

Aufruf an die U-Bootmannschaften.

Wilhelmshaven, 15. Nov. (Privat-Tel.)

Kameraden!

Das Vaterland ruft! Es gilt, die Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, soll nicht der Friede wieder weiter in die Ferne gerückt werden. Ihr kennt die fassen Bedingungen, die uns der Feind gestellt hat. Bis zum 18. November müssen die U-Boote nach englischen Häfen überführt werden. Hier werden Männer der Zeit gebraucht, die alle Bedenken beiseite werfen, die bereit sind, für die schnelle Abwicklung der Friedensverhandlungen noch eine ganz kurze Zeit dem Vaterland widmen zu wollen. Es sind uns Garantien gegeben worden, daß die Besatzungen der U-Boote sofort nach dem Eintreffen in England wieder zurücktransportiert werden. Um euch den Entschluß zu erleichtern, hat der Arbeiter- und Soldatenrat heute in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Reichsmarineamts folgendes beschlossen: Sämtliche Mannschaften derjenigen Schiffe, die nach einem feindlichen Hafen überführt werden, werden mit 10000 Mark versichert, welcher Betrag im Falle des Todes den Angehörigen zu zahlen ist. Im Falle eines Unfalls wird eine dementsprechende Sonderrente gewährt werden. In Anbetracht des schweren Dienstes, den die U-Boote fordern, wird den Besatzungen außerdem eine Prämie von 500 Mark und den Unverheirateten eine solche von 300 Mark gewährt. Sofort nach der Rückkehr der U-Boote werden dieselben in die Heimat entlassen. Kameraden! Kräft das angebotene Werk und stellt euch in den Dienst der Sache, indem ihr durch eure Bereitwilligkeit zeigt, daß euch das Wohl und Behe des neu erstandenen Vaterlandes am Herzen liegt! Meldungen werden beim Arbeiter- und Soldatenrat Kiel und Wilhelmshaven entgegengenommen. Arbeiter- und Soldatenrat Wilhelmshaven.

Entwaffnung der Armee Madensien.

Budapest, 15. Nov. (Wolff-Tel.)

Zu dem Telegramm Madensien, in dem der Generalstab die Unterdrückung des Nationalrats erklärt, daß er keine Truppen in einer Art, die mit der militärischen Ehre des deutschen Heeres vereinbar ist, zur Verfügung stellen könne, lautet die „Recherche“: In dieser Frage vertritt die ungarische Regierung nicht über volle Freiheit. Die Verhandlungen des Waffenstillstandsvertrages ordnen an, die Arme Madensien zu entwaffnen. Wichtigkeit kommt bei der Entwicklung dieser Angelegenheit allerdings der Frage zu, ob reichendes Eisenbahnmateriale vorhanden ist, um die deutschen Truppen auf dem Eisenbahnwege zu befördern. Da hieran wenig Hoffnung ist, muß damit gerechnet werden, daß die Arme Madensien den Heimweg zu Fuß zurücklegen müssen.

Der Abzug aus Polen.

Warschau, 14. Nov.

Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Der Abtransport der deutschen Soldaten und Beamten aus Warschau und Polen hat seinen Anfang genommen. — Der Führer der polnischen Sozialdemokratie, Dąbski, ist heute von Pilsudski zum Ministerpräsidenten der polnischen Regierung ernannt und mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

Eine Entente-Flotte vor Konstantinopel.

London, 14. Nov. (Wolff-Tel.)

Reuter meldet: Die Admiralität teilt mit, daß die alliierten Flotten gestern durch die Dardanellen abfahren sind. Britische und indische Truppen, die die Forts besetzt hatten, paradieren, als die Schiffe vorbeiziehen. Die Flotte am heute morgen vor Konstantinopel an.

Der Kaiser in Holland.

K. Basel, 15. Nov. (Eig. Tel.)

Aus dem Haag wird vom Mittwoch gemeldet: Die holländische Regierung hat dem deutschen Kaiser und seinem Gefolge auf Widerruf das Verweilen auf niederländischem Boden genehmigt, sofern sich der jeweilige Kaiser mit seinem Gefolge den allgemeinen Vorschriften für Kriegsdienstverwehrt unterwirft.

Internierung des Kronprinzen.

Haag, 15. Nov. (Wolff-Tel.)

Es wird beabsichtigt, den früheren Kronprinzen mit zwei Begleitern bei Arnheim zu internieren. Die beiden anderen Offiziere sollen in einem anderen Internierungslager untergebracht werden.

Revolutionsstimmung in Holland.

In Amsterdam und im Haag kamen bisher keine größeren Ruhestörungen vor. In Amsterdam und Haag und in Rotterdam ist das Militär zusammengezogen. Außerdem wurde eine Bürgerwehr gebildet. Das Straßenbild ist lebhaft. Für die Dauer der Demobilisation ist der Ausschank von Branntwein verboten.

Groß-Berliner Soldatenrat.

Keine „rote Garde“. — Sicherheitsdienst. — Verpflegung

Berlin, 15. Nov. (Wolff-Tel.)

Gestern abend fand im Plenarsaal des Reichstages eine Sitzung des Groß-Berliner Soldatenrates statt, woran auch der Reichsfunkler und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Welt als Kommandant von Berlin teilnahm. Die Ver-

sammlung nahm zur Kenntnis, daß der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats von der Bildung einer roten Garde Abstand genommen hat. Es wurde sodann die Organisation des Sicherheitsdienstes besprochen, wobei eine einstimmige Ablehnung des Bolschewismus zutage trat. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung wurde beschlossen, daß die Offiziere und technischen Beamten nach Möglichkeit in ihren bisherigen Stellungen verbleiben sollen. Die Ansprache über die Verpflegungsvorhältnisse ergab die Notwendigkeit, mit den vorhandenen Vorräten möglichst sparsam zu verfahren, zumal die bestehenden Verhältnisse durch das Zurückziehen unserer Truppen naturgemäß in Unordnung gebracht werden. Trotzdem aber müsse man versuchen, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Scharfgeforderte Verpflegung ist daher unbedingt geboten. Die Demobilisation wird nach den Grundsätzen, die das Kriegsministerium aufgestellt hat, durchgeführt.

Von allen Rednern wurde den Delegierten der Soldaten im Vollzugsrat größtes Vertrauen ausgesprochen. Reichsanwalt Ebert führte u. a. folgendes aus: Ich möchte zunächst bemerken, daß wir gegen die Bildung der roten Garde sind. Nachrichten, die wir heute erhalten haben, bestätigen zwar, daß die Front sich bis zum letzten Tage wacker gehalten und gehalten hat, daß aber die Schritte im Begriff sind, sich aufzulösen. Dieser Chaos wird vermehrt durch die Unzufriedenheit, die zurückziehenden Massen gründlich zu ernähren. Dadurch leidet die Selbstsicherheit des Mannes. Wir müssen das Hungergefühl instand halten, und wir müssen die Ernährung organisieren. Dazu brauchen wir Ruhe und Sicherheit im Innern. Organisationen auf den Bahnhöfen müssen geschaffen werden, die den zurückziehenden helfen und ihnen Arbeit zuweisen. Die Zukunft unseres Volkes, unserer Frauen und Kinder gilt es auf das Schlimmste vorher zu stellen, und ich bitte Sie, uns Ihre starken Arme zu leihen.

Soldatenrat Kiel gegen Soldatenrat Berlin.

Kiel, 15. Nov. (Privat-Tele.) Der oberste Soldatenrat der Ostsee in Kiel hat an den Reichsanwalt Ebert einen Protest gerichtet, in dem es heißt: Nach den uns vorliegenden Berichten gehen im Berliner Soldatenrat vorwiegend Offiziere den Ton an. Da die von dem Reichsmarineamt gegebenen Erlasse für uns als Disziplinierung bzw. deren Dienstbereich als Befehle zu betrachten und auszuführen sind, erklärt der oberste Soldatenrat der Ostsee, daß er sich mit dieser Zusammenlegung des befehlungsgebenden Soldatenrates Berlin im Reichsmarineamt nicht einverstanden erklären kann und daß er sich eigene Entschlüsse vorbehalten. In diesem Soldatenrat, bezw. Ratorenrat infolge Mangel an Seemannskenntnis eine richtige Kenntnis der Marineverhältnisse unzureichend nicht zu erlangen. Der oberste Soldatenrat der Ostsee stellt sich auf den Boden der von seinen Geschlossen hinter ihm stehenden Mannschaften gefassten Beschlüsse und der ihm erteilten Vollmachten und wünscht, in Angelegenheiten der Marine nicht übergeben zu werden. Sofern die Regierung wider Erwarten auf ihrem Standpunkt verharren sollte, kann seitens der Marinemiliz durch den obersten Soldatenrat der Ostsee nicht mehr volle Garantie für die weitere Aufrechterhaltung vollständiger Ruhe und Ordnung übernommen werden.

Die jüdischen A. und S.-Räte gegen die Reichsregierung.

Dresden, 15. Nov. (Wolff-Tele.) Die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte von Leipzig, Dresden und Chemnitz veröffentlichen folgenden Protest: Wegen der von der Reichsregierung getroffenen Bestimmungen über die Disziplin im Heere, wonach das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers gegenüber den Mannschaften bestehen bleibt und die Soldatenräte nur beratende Stimme bei Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Behandlung von Disziplinarstrafen haben sollen, protestieren wir auf das Entschiedenste, weil wir darin die Preisgabe wichtiger revolutionärer Errungenschaften zum Nachteil des Proletariats sehen. Wir fordern die Reichsregierung auf, seine Bestimmungen sofort aufzuheben und zu veranlassen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Bestimmenden auch in dieser Frage sind.

„Nationaleigentum.“

Berlin, 15. Nov. (Eig. Tele.) Entsprechend dem Beschluß der neuen preussischen Regierung, sämtliche zum preussischen Kronvermögen gehörenden Gegenstände mit Rücksicht auf die Folgen tragen die staatlichen Gebäude u. a. auch die Museen seit Donnerstag vormittag 10 Uhr, auf dem das Wort „Nationaleigentum“ steht.

Standrechtlich erschossen.

Hannover, 15. Nov. (Wolff-Tele.) Standrechtlich erschossen wurden in Bremen 20 Angehörige der sogenannten liegenden Division in Bremen, die an zahlreichen Märschen beteiligt waren. Sie hatten sich gestern des Befehls bemächtigt, von wo sie ein beständiges Gewehr- und Maschinenengewehrfeuer auf die Umgebungen eröffneten und den Zugverkehr auf mehrere Stunden gänzlich behinderten. Eine weitere Anzahl wurde festgenommen und steht nach Mitteilung des Arbeiter- und Soldatenrates der Standrechtlich Aburteilung entgegen.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 15. Nov. (Eig. Tele.) Der Reichsanwalt Ebert hat gestern einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ u. a. folgendes mitgeteilt: Wir sind fest entschlossen, die Konstituante so schnell wie irgend möglich einzuberufen. Wir haben bereits die Vorbereitungen getroffen und sind abends bestimmt, im Januar zu den Wahlen zu gelangen. Ich glaube auch, daß Ihr Einwand, der Friedenskongress würde bis zur Nationalversammlung verlagert werden müssen, nicht stichhaltig ist, daß vielmehr der Kongress ganz unabhängig von der Eröffnung dieser konstituierenden Versammlung beginnen kann.

Im Gespräch über die Note Wilsons sagte der Reichsanwalt: Wir haben heute Besprechungen mit den führenden Stellen gepflogen, die dahin gehen, daß alles Notwendige sofort bereitgestellt wird, um die von Amerika bewilligten Rationierungsmittel so reich wie möglich ins Land zu bringen.

Der Reichstag gilt als aufgelöst.

Berlin, 15. Nov. (Eig. Tele.) Im Reichstag anwesenden Abgeordneten wurde gestern erklärt, daß das Haus heute für alle Abgeordneten aufgelöst werden würde, da der Reichstag als aufgelöst betrachtet wird.

Lebensmittelrat der Alliierten.

London, 15. Nov. (Wolff-Tele.) Im Unterhaus erklärte Donar Low auf eine Anfrage betreffend die Vorkehrungen für die Versorgung neutraler und feindlicher Länder mit Lebensmitteln, daß die Angelegenheit in die Hände eines alliierten Rationierungsrates gelegt würde, der sofort Schritte in dieser Angelegenheit unternähme. Er hoffe in der Lage zu sein, für die Bedürfnisse der betreffenden Länder zu sorgen. Sollten sich aber Störungen der öffentlichen Ordnung ereignen, so werde die Unterhaltung der Alliierten notwendigerweise verzögert oder verhindert.

Ferner teilte Donar Low mit, daß das Parlament am Ende der Woche vertagt werde. Die Wahlen werden am 14. Dezember stattfinden, die Stimmen am 21. oder 28. Dezember gezählt sein.

Kein Wirtschaftskrieg.

Osaka, 15. Nov. (Eig. Tele.) Aus London wird gemeldet: Lord George hielt im Komitee seiner Partei eine Rede, in der er über den Frieden sagte, daß er nicht sowohl zu geben gedauere, wie die Resolution von Paris bezüglich des Wirtschaftskrieges verlangt. Der dritte Punkt des Wilsonschen Programms hätte zur Folge, daß jeder Gedanke an einen Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß wegfällt.

Englands Kriegsausgaben.

London, 14. Nov. (Wolff-Tele.) Reuter meldet: Bei Einbringung der letzten Kreditvorlage in Höhe von 700 Millionen Pfund Sterling führte Donar Low u. a. aus: Die Ausgaben waren 6 208 700 Pfund jährlich. In Russland wurden im Januar 508 Millionen geleistet, in Frankreich 425 Millionen, in Italien 245 Millionen und an die anderen kleinen Staaten 127 Mill. Man könne annehmen, daß die Ausgaben am Ende des Krieges tausend Millionen Pfund nicht übersteigen werde.

Kurze politische Nachrichten.

Bayerische Volkspartei.
Der starke demokratische Flügel des bayerischen Zentrums hat unter Führung des Abg. Feld-Rosenburg eine Bayerische Volkspartei gegründet, der auch die Bayernführer Dr. Heim und Dr. Schlittenbauer angehören. Das Programm betont vor allem die Selbstbestimmung Bayerns, fordert das aktive wie passive Wahlrecht für die volljährigen Männer und Frauen ohne Einschränkung. Nichtbayerern soll das Wahlrecht erst nach dreijähriger Anwesenheit gewährt werden. Ueber wichtige Verfassungsgegenstände, Steuererlässe und soziale Maßnahmen soll Volksabstimmung nach Schweizer Muster (Referendum) stattfinden. Hohe Freiheit der religiösen Betätigung, Erhaltung des Eigentums der Kirche, ausreichende Sicherheit für die Erziehung der heranwachsenden Jugend in konfessionellen Schulen sind weiterhin Punkte des Programms.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 15. November.
Die Entlassung der Truppen.
Das 18. Kav. Generalkommando des 18. K. A. macht im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats bekannt, daß sämtliche Entlassungen nach den Grundsätzen der Demobilisationsvorschriften zu erfolgen haben. Die Angehörigen besonderer Arbeitsklassen sind hierbei im allgemeinen und im volkswirtschaftlichen Interesse lediglich zu bevorzugen, nicht aber daß über Kopf vorweg zu entlassen. Ein anderes Verfahren würde nicht nur die sichere Weiterarbeit der militärischen Dienststellen ausschließen und dadurch unangenehme Verwirrung hervorrufen, sondern auch die Ernährung der Zivilbevölkerung und der Entlassenen selbst aufs Äußerste gefährden, wenn nicht ganz unmöglich machen. Das Begehren, sofort entlassen zu werden, ist daher nicht gerechtfertigt. Es hat jeder auf seinem Posten zu verbleiben, bis die Reihe der Entlassung an ihn kommt.

Die Zeitung des Volkes und Sicherheitsdienstes befindet sich von jetzt ab auf Nummer 22 der Volkzeitung. Dasselbe befindet sich auch die Stelle für Reiseabmeldungen.

Keine Kunstwerke fortzuschaffen! Der Arbeiter- und Soldatenrat richtet an die Einwohnerstadt das Ersuchen, Wertgegenstände und namentlich Kunstgegenstände von Wert nicht aus der Stadt wegzuschaffen. Eine Gefahr für dieselben liegt nicht vor. Die Sorge, daß die Kunstwerke der hier einwirkenden feindlichen Besetzung in die Hände fallen und beschlagnahmt werden könnten, ist ganz unbegründet. Sollte sich dennoch eine solche Gefahr bemerkbar machen, so werden rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, um das Eigentum der Besitzer zu sichern.

Zur Warnung. Es ist vorgekommen, daß unbekannte Personen bei Privatleuten eingedrungen sind und sich Beschlagnahmenrechte im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrates angemahlt haben. Vor solchen Leuten wird gewarnt, wenn sie sich nicht durch einen Ausweis und einen schriftlichen Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats ausweisen können. Vorkommendenfalls ist dem Arbeiter- und Soldatenrat oder der Polizeibehörde sofort Nachricht zu geben und die Festnahme der betreffenden Person zu veranlassen. Die Haupttranten des Arbeiter- und Soldatenrates führen einen Ausweis bei sich, der mit einem Abdruck des Dienstzeichens versehen ist und die Unterschrift des hiesigen Stadtkommandanten sowie zweier Mitglieder des Stadtratsauschusses und außerdem das Brustbild des Ausweisinhabers enthalten muß.

Das Veranlassen von Transportwagen auf den Bahnhöfen und in der Stadt hat in der letzten Zeit einen schimmern Umfang angenommen. Besonders ist es dabei auf Lebensmittel abgesehen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Unflug eingehend beschäftigt und ist entschlossen, künftig derartige Märsche als Plünderung anzusehen und dementsprechend mit aller Strenge zu bestrafen. Bei dieser Gelegenheit wird auf das viel beachtete Treiben von Kindern und jugendlichen Personen hingewiesen, die sich an die vom Bahnhofs zur Stadt führenden Wogen anhängen, und von den hochgeladenen Waren (Gemüse usw.) einen Teil auf die Straße herabwerfen, damit sie von den nachlaufenden Personen aufgelesen werden können. Im Betretungsfalle werden die Eltern für ihre Kinder zur Verantwortung gezogen. Den Eltern ist deshalb dringend anzuweisen, ihre Kinder nachdrücklich von solchem Tun abzuhalten.

Kirchliches. Die Kirche in der Evangelischen Kirche abgehaltenen Gottesdienste der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde finden von jetzt ab wieder im Evangelischen Gemeindehaus, Dohmeierstraße 4, im 1. Stock statt.

Postverkehr nach der Westfront. Wegen augenblicklicher Bahnverhältnisse wird nach der Westfront nur Nachrichtstexte noch angenommen. Eine Päckchenversendung kann gegenwärtig nicht stattfinden.

Einschränkung der Schlachtzeit für Schweinefleischmengen. Der Mangel an Kohlen und besonders technische Gründe veranlassen die hiesige Schlachthofverwaltung, den Schlachtbetrieb auf das Notwendigste einzuschränken. Sie macht deshalb bekannt, daß bis auf Weiteres Schlachtungen von Schweinen nur an zwei Tagen in der Woche und zwar Dienstags und Samstags von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr vorgenommen werden können.

Berunglückte Flugzeuglandung. Gestern nachmittag um die fünfte Stunde kreiste hier über der Stadt ein Flugzeug, das schließlich auf dem Exerzierplatz an der Schierkestraße landen wollte. Der Führer hatte dabei das Unglück, daß er sein Flugzeug nicht rechtzeitig zum Stehen bringen konnte. Am linken Ruder und Niederwaldbühne raste er mit seinem Apparat über den freien Platz hinweg, gerade in den in voller Fahrt auf der Schierkestraße daherkommenden Straßenbahnwagen hinein. Der Zusammenstoß war so heftig, daß der Anhängewagen am Vorderteil hart eingedrückt und hochgehoben wurde. Die Insassen des Wagens, es waren glücklicherweise nur wenige, wurden durch die umherfliegenden Glassplitter nur leicht verletzt. Vier Personen, die auf der vorderen Plattform saßen, wurden so einackelnd, daß sie nur mit Mühe herabgeholt werden konnten. Ein Soldat, der schwer verletzt war, mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Flugapparat, ein Hofer-Doppeldecker, brach in der Mitte auseinander. Der Führer war in seiner Sitz derart eingeklemmt, daß er aus dem Apparat herausgerissen werden mußte. Die erste Hilfe wurde von den Mannschaften der Rakete geleistet. Auch die Feuerwehr war im Hilferufe herbeigeholt worden und sorgte für die Ausräumungsarbeiten. Der Flugzeugführer hat keinerlei Verletzungen erlitten.

Standesamtsnachrichten vom 15. November. Sterbefälle: Am 13. November: Johann Spengler, Diener, 74 Jahre; Henry Weyerling, Lehrbuchhändler, 19 Jahre. Am 14. November: Frau Katharine Roder Witwe, geb. Ringel, 81 Jahre; Frau Elisabeth Weislich, geb. Brademann, 42 Jahre; Margarete Schenckling, Wäschehändlerin, 27 Jahre.

Verichtigung. In dem Auslass des heutigen Morgenblattes „Krieg den Krieg“ muß es in dem zweiten Satz statt „die sogenannte Photographie“ heißen, mit jeder Souffundine schon selbst gesehen haben wird. Der Druckfehlerbold hat „Photographie“ daraus gemacht.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Donnerstag vormittag.
10 000 Mark auf Nr. 113 223, 211 656, 226 226.
5 000 Mark auf Nr. 128 292, 148 424, 185 400, 191 600, 199 318.
3 000 Mark auf Nr. 5064, 20 240, 32 290, 37 678, 38 812, 40 345, 40 839, 44 100, 47 307, 51 700, 52 989, 64 640, 69 880, 73 761, 80 480, 114 281, 116 663, 117 848, 120 862, 125 617, 135 099, 138 681, 143 494, 155 685, 169 600, 170 175, 182 122, 190 400, 210 658, 214 851, 215 066, 217 700, 218 147, 221 023, 226 587.

Die vollständige Gewinnliste kann in unserer Hauptgeschäftsstelle, Nikolastraße 11, und bei unseren Filialen, Mauritiusstr. 14, Schulstraße 2, Cronen-Ecke Herderstraße, Bismarckring 23 und Weisbergstr. 1, eingesehen werden.

Aus den Vororten.

Dohheim.
Wiedereinsetzung der Volkslebensmittelkommission. Der hier gebildete Arbeiter- und Bauernrat lehnte auf seiner Unterfertigung die früher gewählte Volkslebensmittelkommission wieder ein und wählte die bestehende amtlich gewählte außer Tätigkeit.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Fa. Kranenhein, 15. Nov. Im Anschluß an eine Volksversammlung hat sich auch hier ein Arbeiter- und Bauernrat gebildet.

Schriftleitung: Bernhard Grothaus.
Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: A. Grothaus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftlichen Teil: E. Eilenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: L. W. Hans Oskner; für die Anzeigen: Joh. Bahler (Amtlich in Wiesbaden).

Wetterbericht der Wetterdienststelle Weilburg.

Vorausichtige Witterung für Samstag, 16. Nov.:
Wolkig heiter, vielnebelig, Nachtfrost
Wasserkunde: Caub 121, Weilburg 124.

Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden

läßt im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrats in Wiesbaden am Montag, den 18. d. M., im Hofe der neuen Reiterkaserne (Ersatz-Pferdedepot), Wiesbaden, Gerberstraße 6, etwa

80 Pferde

ferner am Dienstag, den 19. d. M. und am Donnerstag, den 21. d. M., vor der Reimbahn in Edenheim bei Wiesbaden eine größere Anzahl Pferde

öffentlich meistbietend gegen Verzahlung versteigern. Die Versteigerungen beginnen jeweils vormittags 10 Uhr. Zugezogen werden nur Landwirte und Gewerbetreibende des Regierungsbezirks, die sich als solche ausweisen können. Händler sind vom Kauf ausgeschlossen. Es handelt sich um durchweg leistungsfähige Pferde, Zahlung mittels Schecks, die einen ordnungsmäßigen, mit Stempel und zwei Unterschriften versehenen Vermerk der Kammer tragen, daß der Käufer über ein Bankguthaben verfügt, das mindestens den Kaufpreis der versteigerten Pferde deckt, ist unzulässig. — Käufer zum Führen der Pferde sind mitzubringen.

Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung vom 20. 10. 17, betreffend Verbandsmaßnahmen gegen Fliegerangriffe, wird während der Dauer des Waffenstillstandes aufgehoben.

Wiesbaden, den 15. November 1918.

Der Polizei-Präsident, v. Heimburg.

Sonnentags. — Bekanntmachung

Verkauf von Fleisch und Wurst bei den hiesigen Metzgern am Sonntag, den 16. November 1918
Die Menge und die Verkaufsstunden des Fleisches werden durch Aushang bekannt gegeben.

Sonnentags, den 15. November 1918.

Der Bürgermeister, v. Gell.